

---

---

• [Freitagspredigt in deutscher Sprache](#)

---

---

• [München/Sendling – DITIB-Moschee](#)

---

---

• [Islamfeindlichkeit](#)

---

---

• [EU – Türkei](#)

---

---

## **Ära der Freitagsgebete in deutscher Sprache beginnt**

Hürriyet, 25.02.2010, S. 15

Hasan Yeşildal, Religionsbeauftragter von der Ditib-Moschee in Delmenhorst erklärt, dass das Freitagsgebet, das auf Türkisch gehalten werde, in Zukunft über einen Beamer in deutscher Sprache ausgestrahlt wird, um auch die nicht Türkischsprachigen Gemeindemitglieder und Interessierten besser zu erreichen.

### **Technologie in den Moscheen**

Yeşildal möchte durch die auf Deutsch ausgestrahlten Gebete mehr Menschen in der Gemeinde erreichen und ihnen die Teilnahme am Freitagsgebet ermöglichen: „Wir leben in der Gegenwart moderner Technologien und wir möchten von diesem Angebot profitieren.“

### **Auch Kinder profitieren davon**

Die Predigten werden in deutscher Sprache verfasst, bevor sie jeweils freitags gezeigt werden. Dazu erklärt Yeşildal: „Das ist sowohl für diejenigen, die kein Türkisch sprechen als auch für diejenigen, die kein ausreichendes Türkisch verstehen und sprechen können gedacht. Insbesondere unsere Kinder können davon profitieren. Wir werden diese Technik nicht nur auf unsere Freitagspredigten anwenden, sondern auch in anderen Erziehungseinrichtungen einsetzen.“

### **Arslan: Zweisprachigkeit ist das Ziel**

Der Vorsitzende von DITIB Sadi Arslan erklärt dazu, dass in insgesamt 50 DITIB-Moscheen die Freitagspredigt nach der eigentlichen Predigt auf Deutsch vorgelesen wird: „Wenn die Gemeinde sprachlich gemischt ist, dann verwenden wir auch die deutsche Sprache hinsichtlich der Freitagspredigt. Ist die Gemeinde jedoch überwiegend türkisch, so besteht kein zwingender Grund für die Verwendung der Freitagspredigt auf Deutsch.“

Arslan betont jedoch, dass die Predigten nicht nur in deutscher Sprache stattfinden können: „Die Predigten müssen zweisprachig, also auf Türkisch und auf Deutsch gehalten werden. Unsere Kinder und Jugendlichen sollen ihre Identität, indem sie sich von der türkischen Sprache entfernen, nicht verlieren. Auch wenn unsere Kinder nur wenig Türkisch sprechen, dürfen sie ihre Sprache nicht verlieren.“

### **München – DITIB-Moschee**

Austritt der Mitglieder aus der Moscheegemeinde

Hürriyet, 27.02.2010, S. 16

#### **Die Aufregung geht weiter**

Nachdem das Projekt um den Bau der Moschee in München Sendling mit zwei Minaretten und einer Kuppel aufgegeben wurde, ist die Beziehung zwischen der DITIB und der Gemeinde deutlich abgekühlt. Aus der Gemeinde werden bereits die ersten Austritte gemeldet.

Das Projekt in München wurde aus finanziellen Gründen aufgegeben. Die Moschee-Leitung gibt sich vage. Recep Dereli, Vorsitzender der Moschee, ist bereits zurückgetreten. Nach seinem Rücktritt wurde ein Treffen des Vorstands am vergangenen Donnerstag einberufen. Die Mehrheit des Vorstandes nahm nicht am Treffen teil, so dass das Treffen aufgrund der geringen Zahl der Anwesenden abgesagt werden musste.

#### **Keine Zustimmung des Attaches**

Während in der Moschee beschlossen wurde, dass Recep Dereli weiterhin bis zur Neubesetzung der Leitung im Amt bleiben kann, reagierte Ali Ünal, Attache für Religiöse Angelegenheiten kritisch: „Wenn Personen zurücktreten gibt es Ersatz aus den Reihen der anderen Mitglieder. Nur weil Dereli behauptet, dass der jetzigen Leitung nicht mehr vertraut werden könnte heißt das nicht, dass sich die Leitung daran halten muss.“

Recep Dereli erinnerte hingegen daran, dass der Attache am vergangenen Sonntag, nachdem er seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte erklärt hatte, dass man niemanden aufhalten könnte, der gehen möchte:

„Ich klebe nicht an meinem Stuhl. Gewünscht werden die Restauration des alten Moscheegebäudes und die Organisation der Korankurse. Aus diesem Grund benötigen die Mitglieder eine Leitung, der sie vertrauen können. Natürlich werde ich bis zu einer Neuwahl

bleiben, wenn das die Leitung sich wünscht. Dennoch stehe ich aufrichtig zu meinem Rücktritt. Falls weitere Personen aus der Leitung zurücktreten sollten, wird die Hauptversammlung die Leitungsaufgabe vornehmen.“

### **Wachsende Unzufriedenheit unter den Mitgliedern**

Während eines gemeinsamen Treffens zwischen den Gemeindemitgliedern und der DITIB am vergangenen Sonntag wurde erklärt, dass der Bau der Moschee aus finanziellen Gründen nicht erfolgen kann. Die Unzufriedenheit der Mitglieder wächst seitdem. Mittlerweile sind die ersten Austritte aus der Gemeinde bekannt geworden. Auch Mansur Sönmez, einer der Gründungsmitglieder der Gemeinde gab seinen Austritt bekannt:

„Ich bin seit zwanzig Jahren hier Mitglied. Damit keine unnötigen finanziellen Kosten entstehen, haben wir selbst mit angepackt. Auch die Toiletten wurden von uns selbst gereinigt und nicht von zusätzlichem Personal. Die gesamten Miteinnahmen sowie die Schenkungen ließen wir der DITIB zukommen. Anfangs brachten wir zusätzlich für das Moschee-Projekt 60 000 Euro auf. Wenn die DITIB das Projekt finanziell nicht unterstützt und das im Vorfeld bereits wusste, weshalb sagte sie dann überhaupt zu?“

### **Moschee-Projekt mit Minaretten in München ist erledigt**

Hürriyet, 22.02.2010, S. 13

Die im Münchener Stadtteil Sendling geplante Moschee mit zwei Minaretten und einer Kuppel wird nicht gebaut. Die Gemeinde und die DITIB haben sich während eines gemeinsamen Treffens überworfen. Somit ist das für München-Sendling geplante Moschee-Projekt erledigt. DITIB als Eigentümerin des Projekts und die Moschee, die der DITIB angehört, hatten sich zu einem letzten Gespräch getroffen. Aus der DITIB-Zentrale aus Köln waren drei Beauftragte anwesend, der Münchener Attache für Religiöse Angelegenheiten sowie die Leitung der Moschee und Mitglieder aus Moschee Gemeinde. Die Gespräche während des Treffens verliefen sehr hitzig und aufgebracht. Mitglieder der DITIB-Zentrale aus Köln und Vertreter der Moschee in München beschuldigten sich gegenseitig, das Bauvorhaben aus unterschiedlichen Gründen nicht ausreichend unterstützt zu haben mit dem Ergebnis, dass es nun vom Tisch sei. Von der DITIB aus Köln heißt es dazu, dass es dem nichts mehr hinzuzufügen gibt.

### **Weshalb ist die Presse hier?**

Der Geschäftsführer der DITIB İsmail Zengin erklärte, dass es keine andere Möglichkeit gebe, als das Projekt ganz aufzugeben. Der Anwalt der DITIB Mehmet Günet kritisierte wiederum die Anwesenheit der Presse für dieses Treffen. Die Mitglieder der Moschee-Gemeinde hingegen äußerten ihren Unmut und ihre Kritik der DITIB-Leitung gegenüber in scharfen Worten. Sie erklärten, dass sie Mitglieder eine Zivilgesellschaft sind und richteten

folgende Worte an den Juristen: „Es befremdet mich sehr, dass Sie als Jurist die Anwesenheit der Presse hier kritisieren.“

### **Weshalb habt Ihr vorher nichts gesagt?**

Die Kritik der Gemeindemitglieder gegenüber der Kölner DITIB lautete wie folgt:

„Wenn die DITIB-Zentrale in Köln im Vorfeld keine Chance für die Verwirklichung des Bauvorhabens gesehen hat, weshalb erklärte sie uns nicht, das Projekt aufzugeben? Wir haben schließlich Spenden für das Bauvorhaben gesammelt – ist es denn nicht schade um dieses Geld?“ Ein anderes Mitglied erklärte zusätzlich, dass eine 1000-Euro Spenden-Aktion initiiert worden ist und Spendenquittungen ausgegeben wurden. Ein anderes Mitglied verwies auf die Überzeugungsschwierigkeiten hinsichtlich der deutschen Gesellschaft: „Wir haben jahrelange Mühe darauf angewendet, die Deutschen von unserem Projekt zu überzeugen. Wenn die DITIB von diesem Bauvorhaben nicht überzeugt gewesen ist, dann hätte sie uns zu einem früheren Zeitpunkt Bescheid geben müssen.“

### **Ehrhart Körting: Zwischen Ehrenmorden und dem Islam gibt es keine Beziehung!**

Zaman, 01.03.2010, S. 5

Körting: „Zwangsehen und Ehrenmorde müssen aus den Diskussionen ausgeschlossen werden. Sie haben nichts mit dem Islam zu tun. Ehrenmorde und Zwangsehen gibt es auch unter den Bandidos (bekannte gewalttätige Rock-Motorrad-Gruppe, Anm. Zaman-Redaktion).

Auf der Veranstaltung von der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ist der Islam eine Religion, vor der man Angst haben muss?“ kritisierte der Berliner Innensenator Ehrhart Körting die Zuschreibung von Ehrenmorden und Zwangsehen Muslimen gegenüber.

Körting betonte, dass die Muslime in Deutschland keine homogene Gruppe sind. Sie werden jedoch von der Mehrheit in Deutschland als homogene Gruppe wahrgenommen. Körting betonte weiter, dass es in diesem demokratischen und freiheitlichen Staat für jede Weltanschauung und für jede Religion in allen Lebensbereichen Raum gibt. Körting wandte sich auch an die Muslime und erklärte, dass in der deutschen Mehrheitsgesellschaft keine Feindlichkeit gegenüber Muslimen herrscht. Vielmehr gibt es Ängste, die ihren Ursprung in den terroristischen Ereignissen und den daraus folgenden medialen Berichterstattungen haben. Körting selbst bezeichnete sich als gläubigen Protestanten: „Die Religionen können sich gegenseitig lediglich tolerieren und miteinander Nachsicht zeigen. Das, woran ich persönlich glaube oder nicht glaube, unterscheidet sich von dem, was jemand anderer glaubt grundsätzlich. Was zählt ist, dass wir uns gegenseitig so wie wir sind akzeptieren. Das Zauberwort lautet hier Respekt.“

Die ehemalige Vorsitzende des Geschäftsvorstandes von DITIB Ayten Kılıçarslan erklärte, dass die bestehenden Ängste vor dem Islam in der Gesellschaft ernst genommen werden

müssen. Darüber hinaus muss jedoch gegen die in der Gesellschaft sich verbreitende Islamophobie gearbeitet werden: „Die Muslime in Deutschland sind besorgt über die zunehmende Antinomie bezüglich des Islam. Sie sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder. Es gibt beispielsweise verbale Attacken sowie physische Gewalt gegenüber Kopftuchtragende Frauen. Auch wenn es nur wenige Fälle sind, so gibt es sie doch.“ Claudia Dantschke vom Berliner Zentrum für Demokratie erläuterte die Zahlen zu Studien in Deutschland und Europa zur Antinomie bezüglich des Islam: „52% der Befragten in Deutschland sind davon überzeugt, dass der Islam weder mit Respekt noch mit der Demokratie zu vereinbaren ist, wohingegen davon 46,4% der Befragten in den Niederlanden überzeugt sind. In Deutschland sind 46,1% der Befragten davon überzeugt, dass es zu viele Muslime gibt, wohingegen nur 36% der Befragten in Frankreich davon überzeugt sind. Sowohl in Frankreich als auch in Holland meinen 54,1% der Befragten, dass die Muslime zu viele Forderungen stellen.“ Dantschke verwies auf die möglichen Konsequenzen, die bei bestimmten sozialen Diskussionen, in denen Muslime als „Sündenböcke“ herhalten müssten, entstehen können: „Einige Jugendlichen könnten sich dadurch von radikalen Gruppierungen angezogen fühlen. Nach dem Motto „Wir sind eh die Sündenböcke“ könnten sich Jugendliche gerade deshalb radikalieren“, warnte Dantschke.

Ali Ertan Toprak, Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, erläuterte:

„Ich habe schlechte Erfahrungen mit dem Islam gemacht. Wenn ich an den Islam denke, dann kommen mir sofort Verfolgung und Ermordungen in den Sinn. Ein Beispiel davon sind die Ereignisse von Sivas. Die Muslime in Europa können die Aufklärung von der jüdischen Aufklärung lernen und die Aufklärung des Islam erproben.“ Toprak erntete einerseits für seine Worte Applaus, andererseits erhielt er für seine Aussage, dass er keinen Christen und keinen Juden kenne, der sich in die Luft sprengen würde scharfe Kritik. Insbesondere Professor Hacı-Halil Uslucan zeigte sich ablehnend gegenüber Topraks Aussage: „Ihr Vorgehen ist extrem nationalistisch.“ Uslucan geht nicht konform mit Topraks Beschuldigung den Muslimen gegenüber, keine Aufklärung vorantreiben zu wollen: „Das kann in der Erfahrungswissenschaft nicht angewendet werden. Das eigentliche Thema ist die Bildung. Zwischen einer geringen Bildung und einer möglichen Absonderung bzw. Isolierung besteht eine Beziehung.“

## **Europa – Türkei**

### **„Die Türkei benötigt eine dringende Verfassungsreform“**

Zaman, 22.02.2010, S. 9

Die EU-Abgeordnete Sarah Ludford erklärt, dass die Türkei eine dringende Verfassungsreform benötigt. Die jüngsten Ereignisse haben den Bedarf nach einer Reform wieder deutlich gemacht. Der Volkswille muss in der neuen Verfassung stärker geschützt

werden. Die britische Abgeordnete erklärt, dass das Personal des Militärs keine Immunität genießen dürfe. Die EU-Abgeordnete Sarah Ludford erklärt, dass aufgrund der jüngsten Ereignisse in der Türkei eine Reform der Verfassung notwendig sei. Nach und nach kommen die Pläne zu Putschversuchen an die Oberfläche:

„Als ich von diesen Plänen erfuhr wurde mir klare, dass die Türkei eine dringend benötigte Verfassungsreform braucht. Die Notwendigkeit und auch die Dringlichkeit werden immer stärker. Die türkische Bevölkerung wird die notwendige Reform der Verfassung stärker wahrnehmen als ich es wahrnehme.“

Sarah Ludford sprach in Brüssel mit der Zaman-Zeitung und nahm am Fernsehprogramm des Senders Samanyolu in der Sendung „Europäischer Tisch“ von Selçuk Gültaşlı teil. Die EU-Politikerin begrüßt die Bemühungen der Staatsanwaltschaft in der Türkei aufgrund der Putsch-Behauptungen.

„Mir bereitet jedoch die Tatsache, dass durch das Urteil des Verfassungsgerichts der Weg für eine zivile Klage von seitens des Militärs ausgeschlossen ist. Hier sind wir abermals an dem Punkt der Notwendigkeit für eine Verfassungsreform. Sowohl das Verfassungsgericht als auch die Verfassung müssen reformiert werden, so dass beides den Volkswillen und das demokratische System absolut schützen.“ Ludford betonte darüber hinaus, dass das militärische Personal keinesfalls Immunität genießen darf. In einem demokratischen Staat darf es keine zwei unterschiedlichen Rechtssysteme geben. Die britische Parlamentarierin kritisiert, dass die Streitkräfte in der Türkei sich in einem ihnen eigentümlichen Rechtssystem befinden: „In einem modernen Staat besitzt das Militär derlei Vorrechte nicht.“ Obwohl die Ergenekon – Befragungen fortgeführt werden, sind die Putschisten immer noch sehr mächtig. Ludford gab zu bedenken, dass diese Kreise von ihrem Recht eine vom Volk gewählte Regierung zu stürzen überzeugt sind. „Wir stellen fest, dass das türkische Militär, im Gegensatz zu einem Militär in einer liberalen Demokratie sowohl personell stark besetzt ist als auch einen starken Einfluss besitzt. Das ist für uns der wesentliche Grund unserer Besorgnis und ich bin überzeugt davon, dass viele türkische Bürgerinnen und Bürger diese Sorge teilen. Das britische Militär besitzt beispielsweise überhaupt keinen politischen Einfluss. Niemand in Europa kennt den Namen des jeweiligen Generalstabschefs. Wozu auch?“

Ludford betonte zusätzlich, dass die Türkei eine klare Zusage für einen EU-Beitritt benötigt. Die EU dürfe ihre Kriterien nicht verändern.“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf [www.islamedia.de](http://www.islamedia.de) unter der Rubrik Newsletter.

---

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan

[www.islaMedia.de](http://www.islaMedia.de)

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff